

KÖNIGSTEIN · GLASHÜTTEN

Bonjour, Tristesse!



Der Sportplatz in Schneidhain war ein Zankapfel beim Ringen um den Haushalt 2013.

Archivfoto: Jochen Reichwein

Parlament verabschiedet Defizit-Etat und hält am Sportplatz-Projekt Schneidhain fest

Königstein sieht nur „reich“ aus weil viele Reiche hier wohnen, im richtigen Leben geht die Kurstadt finanziell aber am Stock. Das Parlament hätte am Donnerstag sicher lieber einen üppigeren Etat verabschiedet als einen mit 5 Millionen Defizit.

■ Von Alexander Schneider

Königstein. Der Haushaltsplan der Stadt Königstein für das Jahr 2013 ist beschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete ihn am Donnerstag in zweiter Lesung. 18 Abgeordnete von CDU, SPD und FDP stimmten zu, die 14 Parlamentarier von ALK und Grünen sowie SPD-Mann Stefan Kilb nicht.

Mit der Verabschiedung des Etats ist auch noch eine weitere Hürde für das umstrittene Schneidhainer Sportplatz-Projekt genommen. Dabei soll der jetzige Sportplatz aus dem Stadtteil auf

ein Brachgelände in der Nähe von Seeger-Orbis verlegt werden (TZ berichtete). Nun steht allerdings noch der Satzungsbeschluss für den B-Plan aus, der im Frühjahr nächsten Jahres gefasst werden soll. Während Bürgermeister Leonhard Helm (CDU) davon ausgeht, dass das 3-Millionen-Projekt durch einen Verkauf des jetzigen Sportplatzes gegenfinanziert werden könne, blieb die ALK skeptisch. Zudem geht sie davon aus, dass das ganze Projekt fünf Millionen Euro verschlingen werde. Diese Summe für 15 Fußballer, die nicht einmal alle aus Schneidhain seien, auszugeben, könne sich die Stadt einfach nicht leisten, so Berthold Malter (ALK). Vermutlich werde sich, wenn das Projekt wie geplant umgesetzt werden sollte, auch schon bald der Steuerzahlerbund zu Wort melden.

Malter forderte daher Paradigmenwechsel in der Politik: Weg von schuldenträchtigen Großprojekten für die die Bürger mit über-

zogenen Steuerforderungen bluten müssen, hin zu einer sozial ausgerichteten Politik. Konkret forderte die ALK, auf dem Bauhofgelände im Forellenweg ein Kinderzentrum mit Kindergarten, Hort und U3-Betreuung zu bauen. Die „Stelzenlösung“, die die U3-Einrichtung quasi im 1. Stock der Grundschule vorsieht, wäre damit vom Tisch, so Malter.

Positive Zeichen

Für die CDU setzt der Haushalt „positive Zeichen“, wie Thomas Boller befand. Das Sportplatzprojekt in Schneidhain sei ein solches Zeichen. Es mache Schneidhain attraktiver. Auch der Bau des Feuerwehrgerätehauses in Falkenstein sei ein solches Zeichen, denn es sei eine Investition in die Sicherheit.

Gleichwohl mache sich auch die CDU Sorgen wegen des hohen Defizits von 5 Millionen Euro, das sich auch in der Notwendigkeit schmerzhafter Einschnitte wie etwa der Erhöhung der Kindergar-

ten- und der Friedhofsgebühren abbilde.

Auch Thomas Villmer (SPD) nannte die Finanzlage der Stadt „weiter labil“ und sprach von einer „systematischen Unterdeckung“, teils hervorgerufen durch immer neue Auflagen des Landes. Ein „weiter so“ könne es nicht geben, sagte Villmer und betonte, dass sich die Stadt das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen dürfe. Das Kinderbetreuungsangebot gelte es zu verbessern, um so junge Familien zu stärken. Dazu gehöre die provisorische U3-Betreuung im HdB oder im Kurbad, auch wenn diese 342.000 Euro koste. Daneben müsse das mit dem Neubau des Betriebshofes am Kaltenborn verbundene „Abenteuer“ gestoppt werden, es habe keine valide Finanzierungsbasis und laufe auf eine Privatisierung hinaus. Obwohl die SPD mit ihren Anträgen durchfiel, stimmte sie, mit Ausnahme von Stefan Kilb, dem Etat zu, „wir bleiben am

Ball“, sagte Villmer, der Sportplatzprojekt und Kurbadsanierung verteidigte. Für die Sanierung des Bads sprach sich zwar die Fraktion der Grünen aus, meldete aber grundsätzliche Bedenken gegen den Etat an. „Mit den steigenden Kindergarten- und Friedhofsgebühren haben wir ein Problem“, sagte Dietmar Hemmerle.

Kein Staatskommissar

Der Etat sei nicht so übel, meinte Michael-Klaus Otto (FDP). Man habe es aber mit einem strukturellen Defizit zu tun. Königstein dürfe sich nicht kaputtsparen, müsse aber aufpassen, „sonst kommt bald der Staatskommissar.“ Der ALK warf Otto vor, wichtige Projekte wie Sportplatz und Kurbadsanierung zu torpedieren, bloß weil sie keine Mehrheit habe. Ähnlich der Vorwurf von Bürgermeister Leonhard Helm (CDU) an die ALK. Sie rede nur von Konsolidierung, lehne aber genau die Projekte, die dazu nötig seien, ab.